

- Beschluss**
 Wahl
 Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 50/045/2007

öffentlich

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Frau Renate Theis	Datum: 19.12.2007 Az.: 50-5
--	--------------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Sozialausschuss	14.01.2008	Beschluss

Erstellung einer Integrationskonzeption für die im Kreisgebiet lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte - erneute Beratung

- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.11.2007
- Vorlage Nr. 50/034/2007/2

- Finanzielle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Personelle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Organisatorische Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen

Beschlussvorschlag:

Beschluss nach Beratung

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Frau Renate Theis	Datum: 19.12.2007 Az.: 50-5
--	--------------------------------

Erstellung einer Integrationskonzeption für die im Kreisgebiet lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte - erneute Beratung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.11.2007
- Vorlage Nr. 50/034/2007/2

Sachverhaltsdarstellung:

In der Kreistagssitzung vom 17.12.2007 wurde der Integrationskonzeption für die im Kreisgebiet lebenden Menschen einstimmig zugestimmt.

Im Verlauf der Diskussion hat die SPD-Fraktion - unbeschadet der Abstimmung - um erneute Beratung der Konzeption gebeten, da aus ihrer Sicht noch nicht alle Vorgaben aus der Sozialausschusssitzung in die Konzeption eingeflossen sind.

Sie sagt zu, der Verwaltung und den anderen Fraktionen die noch offenen Punkte rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Sobald diese Informationen vorliegen, wird die Verwaltung die offenen Punkte beantworten bzw. aufnehmen.

In der o.g. Kreistagssitzung wurde unter Punkt 20 die „Bildung einer einheitlichen Ausländer- und Einbürgerungsbehörde bei gleichzeitiger Verbesserung des Bürgerservices“ beraten.

Dem „Abschluss der öffentlich rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben des Ausländerwesens und in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten der Städte Ratingen und Velbert durch den Kreis Mettmann“ wurde einstimmig zugestimmt.

Die Formulierung in der Integrationskonzeption zu 8.2. Ausländerbehörde (s. 17) wird aufgrund dessen wie folgt geändert:

Text alt	Text neu
<p>Auf Kreisebene erfolgt zudem in zusätzlichen Dienstbesprechungen mit den Ausländerbehörden der Großen kreisangehörigen Städte Ratingen und Velbert eine weitere kreisspezifische Koordination.</p> <p>Aktuell bestehen auf Kreisebene Bemühungen, u.a. die Aufgaben der drei Ausländerbehörden (Kreis, Stadt Ratingen, Stadt Velbert) beim Kreis zu zentralisieren und gleichzeitig eine Verbesserung des Bürgerservices vor Ort zu schaffen.</p>	<p>Bisher wurden die Aufgaben des Ausländerwesens und der Staatsangehörigkeitsangelegenheiten durch die Städte Ratingen und Velbert als große kreisangehörige Städte eigenständig wahrgenommen.</p> <p>In Zukunft werden diese Aufgaben aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ausschließlich durch den Kreis wahrgenommen. Dies wird verbunden mit einer gleichzeitigen Ausweitung des Bürgerservices der Kreisverwaltung vor Ort.</p>